

Pressemitteilung

zur Flüchtlingssituation in der Stadt Hermsdorf

Kein Thema ist derzeit brisanter in den deutschen Medien, als das über Flüchtlinge. Die Ursachen sind uns allen bekannt und täglich können wir von der Landes-, Bundes- und Europapolitik Entscheidungen und Maßnahmen vernehmen, die entweder kaum bis gar nicht spürbar ihre Wirkung zeigen oder sogar einer Problemlösung entgegenwirken.

Wir als kleine Behörde an der Basis sind zwar vom Grundsatz her nicht zuständig, haben jedoch täglich mit diesem Thema zu tun und werden dauerhaft mit meist gerechtfertigten Problemen, die damit im Zusammenhang stehen, konfrontiert. Viele Bürger haben Angst! Und das Sicherheits-Thema darf nicht vernachlässigt werden!

Die Flüchtlingshalle in Hermsdorf ist aufgrund der Gegebenheiten nicht für den dauerhaften Aufenthalt geeignet!

Es bedarf Sofortmaßnahmen!

Leider erhalten Stadt und Landkreis kaum Informationen zu diesem Thema und über diese Einrichtung. Sollte es in Ausnahmefällen doch dazu kommen, werden getroffene Aussagen leider oft nicht eingehalten.

Daher hat sich die Stadt das Problem selbst zum Thema gemacht und auf Einladung des Bürgermeisters sämtliche Verantwortlichen, Beteiligte und Betroffene zu einem Austausch ins Rathaus eingeladen.

Darunter waren neben Vertretern des Landesverwaltungsamtes, des Landratsamtes, des Ordnungsamtes, der Polizei, des DRK, auch Vertreter der großen ortsansässigen Warenhäuser und Supermärkte.

In einem einführenden Bericht wurde den Anwesenden durch das Landespersonal erst einmal der Ist-Stand über und um die Aufnahmeeinrichtung mitgeteilt. In der Industriehalle, die nur durch Bauzäune mit Planen abgetrennt ist, befinden sich derzeit ca. 670 Personen aus ca. 20 Nationen. Es handelt sich um ausschließlich männliche Bewohner, die meisten alleinreisend.

Gerade auf die Schlagworte Gesundheit und Hygiene hin, bestehen hier höchste Bedenken. Darüber und insbesondere über bau- und brandschutzrechtliche Bedenken hat das Landratsamt immer wieder hingewiesen.

Das zuständige Personal berichtete von großen Problemen bei der Koordinierung der Einrichtung. So sind auch hier keine klaren Strukturen, Zuständigkeiten und Abläufe nach fest geschriebenen Schemas vorhanden.

Mit großem Engagement des Personals und des betreuenden DRKs hat man die Einrichtung jedoch im Griff.

Zu Themen: „Wie geht es in Hermsdorf weiter?“ und „welche alternative Ausweichquartiere sind geplant“, befindet man sich laut Landesverwaltungsamt derzeit in der Prüfung, andere Einrichtungen in Thüringen zu schaffen.

Neben dem Thema Gesundheit und Hygiene ist die Sicherheit das wichtigste, waren sich alle Beteiligten einig. Bürgermeister und Ordnungsamt berichteten über den Alltag in Hermsdorf.

Verständlicherweise halten sich die Bewohner nicht dauerhaft in der Halle auf, sondern bewegen sich im gesamten Stadtgebiet. Bei dieser Anzahl an Flüchtlingen gibt das natürlich ein verändertes Bild des Ortes. Viele Einwohner schildern ihre Bedenken und haben schlicht und einfach Angst. Das Sicherheitsgefühl in Hermsdorf ist getrübt!

Nach Aussage der Polizei gingen von den Bewohnern der Halle bislang kaum Delikte aus. Sie bittet jedoch darum, bei Feststellung von Ordnungswidrigkeiten bzw. Straftaten dringend Anzeige zu erstatten. Zur Wahrung dieser Sicherheit versprochen die verantwortlichen Beamten weitere Maßnahmen Vorort.

Neben behördeninternen Problemen, wie die melderechtliche Registrierung usw. (was auch externe Auswirkungen auf die Erreichbarkeit und das Arbeitsvolumen der kommunalen Verwaltung hat) wurde auch mit den großen Supermärkten von Hermsdorf im Rahmen dieser Runde gesprochen.

Hier wurde ganz offen über erhöhte Ladendiebstähle, Angst von Mitarbeitern oder die Supermärkte als „Wärmehalle“ berichtet.

Aber auch hier bestätigt nach Aussage der Marktbetreiber die Ausnahme die Regel. Der Großteil ist unauffällig.

Abschließend berichtete das Einrichtungspersonal über geplante Maßnahmen zu klaren Regeln für die Bewohner, aber auch über geplante Betätigungsmöglichkeiten.

Alle Anwesenden waren sich darüber einig, dass dieser Weg der Vernetzung Vorort – auch wenn hier nicht die Zuständigkeit liegt – der richtige ist.

Im Sinne der Sicherheit unserer Bürger sowie untragbaren Zustände in der Hermsdorfer Flüchtlingsunterkunft werden diese Aktivitäten und der transparente Austausch im Rahmen dieser Beratungsrunden unbedingt fortgesetzt!

Wir fordern die Europa-, Bundes- und Landespolitik zum sofortigen Handeln auf!

Benny Hofmann
Bürgermeister